

Jeannot Krecké,
Fraktionschef der LSAP,
ärger sich über
Ideenklau
durch politische
GegnerInnen.

(Foto: Christian Mosar)



JEANNOT KRECKE

"Wichtigste Wahl seit langem"

w maxx: *Die LSAP nennt sich linke Reformpartei. Warum?*

Jeannot Krecké: Reformen sind in Luxemburg absolut notwendig. Die jetzige Koalition hat vieles debattiert - sogar Dinge, die erst im Jahr 2050 passieren sollen. Gleichzeitig aber wurde verpasst, wichtige Reformen zu machen und schwierige Dossiers wie die Industriepolitik oder die Verwaltungsreform anzupacken. Man ist den Konflikten aus dem Weg gegangen, obwohl klar war, dass man dieses Land auch für schwierigere Zeiten vorbereiten muss.

Für die LSAP kandidieren nur 13 Frauen. Wie passt das zum Image einer linken Reformpartei?

Wir hätten gerne mehr Frauen auf den Listen. Ich bin aber dagegen, Frauen nur mitzunehmen, weil sie Frauen sind, als Aushängeschild gewissermaßen. Hätten wir noch mehr Frauen auf die Listen genommen, wären das Vorzeigefrauen gewesen - ohne den notwendigen politischen Background.

Sie hätten Frauen stärker fördern können ...

Das stimmt. Aber alle Frauen, die politische Erfahrung haben und auf die Listen wollten, kandidieren auch. Aber in unserem Wahlsystem wird sehr stark nach Bekanntheitsgrad gewählt - und der braucht seine Zeit. Man muss sehr präsent bei den Menschen auf dem Terrain sein. Es gibt viele Frauen, die diesen Weg aus familiären Gründen nicht gehen wollen.

Selbst die CSV wirkt in Sachen Frauenpartizipation moderner als die LSAP.

Das muss doch bedenklich stimmen.

Wir hatten Frauenquoten vorgeschlagen, kamen damit aber nicht durch. Wenn man konsequent Basisdemokratie in der Partei praktiziert, kann das passieren. Die LSAP hat viele ältere Mitglieder, die in einer Zeit aufgewachsen sind, in der die Rolle der Frau eine andere war. Und die haben teilweise gegen die Quoten gestimmt. Man wird das aber überdenken müssen.

Auch andere gesellschaftliche Reformen wie das Partnerschaftsgesetz haben die Sozialisten in ihrer Regierungszeit nicht angepackt. Die Lorbeeren kassieren jetzt CSV und DP.

Das Partnerschaftsgesetz bringt kaum einen Fortschritt - auch wenn die Betroffenen versuchen, das Beste daraus zu ziehen. Die LSAP hätte damals mit der CSV auch ein solches Gesetz machen können. Es war aber keine Einiung zu finden, die uns Sozialisten zufrieden gestellt hätte. Wir meinen, dass man das Thema anders anpacken muss. Man hätte ein Partnerschaftsgesetz auf soziale, zivile und steuerliche Individualrechte aufbauen sollen und den Homosexuellen gleichzeitig den Zugang zur Heirat mit allen Rechten und Pflichten zugestehen sollen.

Trotzdem: Die CSV hat es geschafft, mit modernen Themen zu punkten. Die LSAP hingegen überzeugt als gesellschaftliche Erneuerin nicht.

Das stimmt nicht. Nehmen wir die Palliativmedizin. Die meisten von uns - es ist eine Gewissensfrage - sind für die Euthanasie. Mit der CSV ist

sie aber nicht zu machen. Das ist unser Dilemma: Sollen wir als Kompromiss Sachen halb machen oder lieber sagen: Nein, das entspricht nicht unseren Vorstellungen, wir machen dann eben nichts.

Welche Chancen rechnen Sie Ihrer Partei denn bei den Nationalwahlen aus?

Der Wähler muss sich bewusst sein, was am 13. Juni auf dem Spiel steht. Ich frage mich manchmal, ob er das ist. Viele denken wahrscheinlich, die zwei letzten Jahre waren nur eine schwierige Zwischenetappe, nach den Wahlen wird es besser. Sie irren. Es werden zwei, drei ganz schwierige Jahre kommen - egal, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Steuerpolitik und der Arbeitsmarkt wirken immer verspätet. Der finanzielle Spielraum des Staates wird sehr eng werden. Wenn dann Entscheidungen anstehen, muss man wissen, welchen Vertreter man gewählt hat. Der Sozialstaat ist nicht auf ewig garantiert. Der muss stets neu gestärkt werden. Ich bin überzeugt: Die jetzigen Wahlen sind die wichtigsten Wahlen für Luxemburg.

Zur Person:

Seine politische Karriere bei der LSAP führte Jeannot Krecké (54) von der Gemeinderatsarbeit in Kopstal nach Luxemburg-Stadt, wo er Ende der 1980er Jahre Präsident der hauptstädtischen SozialistInnen wurde. Seit 1999 ist der Ex-Fußballnationalspieler und spätere Steuerfachmann Spitzenkandidat auf der LSAP-Zentrumsliste. Rauen Gegenwind ist der rote Wirtschafts- und Finanzexperte nicht erst durch die Oppositionsarbeit der Sozialisten nach der Wahlniederlage 1999 gewöhnt: Zu seinen großen Leidenschaften gehört das Extremsegeln.

Wo wollen Sie die zusätzlichen Wählerstimmen gewinnen?

Zunächst bei denen, die wir aufgrund der Pensionsreform verloren haben. Die Wähler im öffentlichen Sektor müssen begreifen, dass eine Partei wie die DP, die einen schlanken Staat will, nicht ihre Verbündete sein kann. Die LSAP wird den Staat nicht zurückschrauben, denn wir brauchen einen starken Dienstleistungssektor in Luxemburg. Auch die Menschen, die auf Sozial- und Gesellschaftsfragen schauen, wollen wir gewinnen. Und schließlich all jene, die sich an die vernünftige Wirtschaftspolitik der 1990er erinnern.

Der Wähler erinnert sich vielleicht auch daran, dass die LSAP den Religionsunterricht mitgetragen hat - trotz Bekenntnis zur Trennung von Staat und Kirche.

Ja. Aber wir haben dadurch den Moralunterricht verallgemeinert. Das vergisst man immer.

Was haben die SozialistInnen aus der Wahlniederlage gelernt?

Zuallererst: Geht es um soziale Errungenschaften, muss man aufpassen. Die Menschen verlangen zwar Politiker, die weit im Voraus planen. Aber es hat sich gezeigt, dass zum Beispiel bei der 199er Pensionsreform der Übergang zwischen dem alten und den neuen Regime, den wir geplant hatten, nicht akzeptiert wurde. Das war fatal für die LSAP, obwohl die Reform von der CSV initiiert wurde. Beim BTB (Bus-Tram-Bahn, d. Red.) hingegen hät-

ten wir konsequenter sein müssen. Wir hätten entsprechende Gesetze einfach vorlegen sollen - auch bei unklarer Finanzierung und trotz Widerstand der hauptstädtischen Stadtverwaltung. Jetzt haben CSV und DP ein zweitklassiges Transportmodell durchgepeitscht, dem jegliches Finanzierungskonzept fehlt.

Wenn die LSAP die Wahlen gewänne, würde der BTB dann kommen?

Ja, auf jeden Fall.

KritikerInnen bemängeln die schwache Oppositionsarbeit der LSAP. Offenbar glauben die SozialistInnen selbst nicht an das Gestaltungspotenzial der Politik - oder nur in Mehrheitszeiten?

Wir kamen aus einer 15-jährigen Regierungsverantwortung. Da kann man am Tag nach der Niederlage nicht einfach so tun, als wäre man nie in der Regierung gewesen. Persönlich finde ich es richtig, der neuen Mehrheit eine Chance zu geben. Sie hat schließlich mit Projekten zu tun, die zum Teil von uns realisiert oder vorbereitet wurden. Zudem ist es der Wirtschaft zu Beginn der letzten Legislaturperiode ja noch gut gegangen, und die Regierung hat zunächst eine regelrechte Besenkungspolitik gemacht. Wir hätten einzelne Akzente vielleicht anders gesetzt, aber die Richtung wäre kaum anders gewesen. Erst als sich das Wirtschaftsklima verschlechterte, wurden die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition deutlicher.

Aber wohl nicht deutlich genug?

Sicherlich hätte man härter vorgehen können. Aber mein Maßstab ist: Was man heute behauptet, zu dem muss man später auch fähig sein.

Liest man das LSAP-Wahlprogramm findet man zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Vorschläge wie Tele- und Heimarbeit und ein Ausbau der ADEM. Das könnten auch CSV und DP unterschreiben. Ebenso die Ankündigung, den Bankplatz zu halten. Wo sind

die sozialistischen Ideale der linken Volkspartei gelieben?

Zunächst einmal: Wenn viele Inhalte sich ähneln, dann aber auch weil die CSV und die DP sich unseren Positionen in einer ganzen Reihe von Punkten angenähert haben. Ein wichtiger Unterschied bleibt aber beispielsweise die Ganztagschule. Die wollten sie nie - und auch jetzt sprechen sie nur von einer gewissen Betreuung. Die LSAP hingegen will das Ganztagsmodell möglichst früh, schon in der Primärschule, eingebettet in ein pädagogisches Konzept. Gut, wenn die CSV und DP Ähnliches jetzt auch entdeckt haben. Aber sie sind recht lange in der Regierungsverantwortung gewesen. Wo bleiben denn nun die Krippen?

Die Sozialdemokratie stecke in einer tiefen Krise, hat der Soziologe Ralf Dahrendorf gesagt. Müssen sich die Sozialisten nicht verstärkt linken Werten zuwenden, um wieder unentscheidbar von anderen Volksparteien zu werden? Zum Beispiel durch Kritik am Kapitalismus und am internationalen Finanzwesen?

Vor 20 Jahren hat die LSAP viel zur allgemeinen Umverteilung beigetragen. Wir haben einen Riesenwohlstand aus einem finanzkräftigen Sektor an die Pensionskassen, Krankenkassen, in Form von Kindergeld und so weiter umverteilen können. Sicher müssen wir die Finanzplätze sauber halten und versuchen, auf Kompetenznischen umzusatteln. Aber das ist nicht einfach. Durch die Globalisierung gleitet uns vieles durch die Finger. Die Sozialdemokratie steckt nicht in der Krise. Sie muss in erster Linie versuchen, durch Reformen die eigenen Bürger nach wie vor abzusichern und der Globalisierung einen anderen, menschlichen Touch zu geben. Und dafür treten wir ein.

Und wenn die LSAP wieder in der Opposition landet - was wird sie machen?

Mit Sicherheit werden wir unsere Positionen noch entschiedener vortragen. Nach fünf Jahren gilt die Erbschaft der Beteiligung nicht mehr. Fünf Jahre lang hatte die jetzige Regierung Zeit gehabt, ihre Hausaufgaben zu machen. Wenn sie das bis jetzt nicht getan hat, ist es ihr Problem. Parteiintern werden wir uns um die Regeneration kümmern. Wir müssen uns fragen, wie wir neue Leute gewinnen und aufbauen können. Die Frage von der Erneuerung stellt sich natürlich auch bei den Frauen.

Bedeutet Opposition für Sie dann eine Chance?

Nein, ehrlich gesagt nicht. Es ist nicht sehr befriedigend, wenn man dauernd gute Ideen entwickelt, sie aber von den gegnerischen Parteien umgesetzt werden. Wenn man Politik macht, dann nicht nur um zu reden, sondern auch, um Dinge durchzusetzen.

Die Fragen stellte Ines Kurschat.